

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 36 (S. 119): Kommunalen Ordnungsdienst - Reduzierung Stellen, Sachkosten (KULT)

Antrag Nr. 37 (S. 119): Kommunalen Ordnungsdienst - Stellenschaffung, Sachkosten (FW, Stadtrat Schmitt/pl)

Für den ersten Antrag, das ist der Antrag 36, die Antragsteller, Herr Stadtrat Dr. Fischer.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir sind heute in den Haushaltsberatungen, und es geht uns in dem Punkt, das bitte ich ausdrücklich auch die nach mir Redenden zu beachten, nicht um die Frage, ob sinnvoll oder nicht sinnvoll. Es geht um die Frage, was können wir uns leisten, was ist die Geldfrage. Wir werden diesen Antrag auch nicht zur Abstimmung stellen, weil uns klar ist, dass man in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung, in den Haushaltsberatungen, nicht einfach etwas ablehnen kann, was man vor Jahren eingeführt hat. So weit können wir schon nachdenken. Wir wünschen, dass das in die Strukturkommission kommt, und zwar aus folgendem Grund: Das ist ein Beispiel für uns, wo rein freiwillige Leistungen - wir haben das extra noch einmal nachgefragt - von uns übernommen werden, eine Landesaufgabe, die wir heranziehen. Normalerweise nach dem Konnexitätsprinzip sagen wir immer, wenn wir eine Landesaufgabe machen, dann muss das Land auch Geld geben. Das Land gibt aber kein Geld. Daher wollen wir das in der Strukturkommission diskutieren, wie wir mit solchen Sachen, rein freiwilligen Aufgaben, grundsätzlich umgehen.

Ein Punkt zum Thema Sicherheit in Karlsruhe, was ja in unserer Haushaltsrede vom Kollegen Wohlfeil eine große Rolle gespielt hat. Wenn ich lese, Karlsruhe ist Hauptstadt des Einbruchdiebstahls oder des Fahrradklauens, dann sehe ich hier echte Sicherheitsdefizite. Deswegen fordere ich alle hier im Saal auf, die im Landtag Verantwortung tragen, die Landesregierung wie die Opposition, ihre Abgeordneten zu munitionieren, wir brauchen mehr Polizei, wir brauchen mehr Polizisten auf der Straße. Das ist uns ganz wichtig und dafür kämpfen wir.

Stadtrat Wenzel (FW): Sehr geehrter Herr Kollege Fischer, ich bedanke mich für Ihre sachliche Aussage. Es ist tatsächlich so, wir benötigen wirklich mehr Polizei. Die Sicherheitslage in Karlsruhe ist nicht nur empfunden, sondern tatsächlich bedenklich. Wir wissen auch, dass der KOD keine Polizei ersetzen kann. Aber wir wissen, dass der KOD

immer mehr Aufgaben übernehmen muss, von der Kontrolle des Sperrgebietes bis hin zu weiteren Geschichten. Der jetzige KOD macht gute Arbeit. Doch wir hören immer wieder, es gibt Überlastungen, deshalb wollen wir nicht nur eine Aufstockung des personellen, sondern auch der sachlichen Ausstattung des KOD, auch als Signal nach draußen, dass wir in Karlsruhe erkannt haben, die Schwächen der Landespolitik hier als starke Kommune zu übernehmen. Deshalb werbe ich ausdrücklich für unseren Antrag.

Stadtrat Döring (CDU): Zuerst freue ich mich ganz besonders über die Einsicht bei der KULT-Fraktion, die dann überraschend gekommen ist. Als ich den Antrag gelesen habe, war das erste Wort, das mir einfiel, sicherheitspolitischer Blindgänger. Sie müssen das einmal so sehen. Der Kommunale Ordnungsdienst ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur von Karlsruhe. Der gehört genauso dazu wie die Landespolizei, genauso wie das Veterinärwesen. Die gehören wirklich alle dazu. Diese belasten die Ordnungsbehörde massiv. Herr Cramer, wir können nachher gerne diskutieren, aber hören Sie mal mit den Zwischenrufen auf. Das ist keine gute Kinderstube.

Sie müssen das so sehen. Wir haben eine durch die grün-rote Landesregierung verpuschte Polizeireform, und da hat natürlich die Stadt die Zeichen der Zeit erkannt, ist hier eingesprungen und leistet hier Schützenhilfe, und das in vorbildlicher Art und Weise. Wie Sie das immer darstellen, dass hier das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger nur gestärkt wird, das stimmt nicht. Es ist nicht nur subjektiv, es ist auch ein objektiver und ein richtiger Mehrwert, den diese Organisation erfüllt. Manchmal habe ich mir dann wirklich die Frage gestellt, ob manche Personen in diesem Gremium keine Zeitung lesen. Sie wissen ganz genau, wir sparen, wenn wir hier ansetzen, an der falschen Stelle. Wenn Sie es so sehen, die Sachkosten werden komplett erwirtschaftet. Das ist für eine Sicherheitsbehörde an sich schon ein Novum. Das sollte auch berücksichtigt werden. Hier hat das Ordnungs- und Bürgeramt wirklich eine erstaunliche Leistung vollbracht. Das ist normalerweise in normalen Vollzugsaufgaben nicht der Fall. Deswegen möchte auch die CDU lobend anerkennen, dass wir diese Entwicklung sehr positiv finden und hier auf dem richtigen Weg sind.

Ich muss auf den Antrag zurückkommen. Ich kann mir kaum vorstellen, dass Sie ausgebildete Sicherheitsfachleute von heute auf morgen - Sie wollten auch eine Schulung anbieten - einfach innerbehördlich umsetzen und umstrukturieren. Sie können auch nicht irgendeinen Zoopfleger einfach so in die Ausländerbehörde setzen, wenn ihm die Qualifikation dazu fehlt. Für mich war dieser Antrag mehr als stümperhaft und ist in jeglicher und in schärfster Form zurückzuweisen.

Der Vorsitzende: Herr Döring, der Antrag ist ja zurückgezogen. Insofern mäßigen wir uns jetzt alle ein bisschen, und dann kommen wir hier gut durch den Tag.

Stadtrat Marvi (SPD): Ja, lieber Herr Kollege Stadtrat Döring, über das Erbe der vorhergehenden Landesregierungen für die Finanzierung, Ausstattung und Strukturierung der Polizei wollen wir mal heute nicht diskutieren. Das könnte dann etwas länger gehen. Herr Pfannkuch, Sie stimmen mir zu. Das ist wunderbar. Ich glaube, dass diese Debatte um den KOD sich nicht eignet - insofern bin ich Herrn Stadtrat Fischer für seinen sachlichen Wortbeitrag sehr dankbar, auch wenn wir da anderer Auffassung im Grundsatz sind - eine Instrumentalisierung herbeizuführen und sozusagen Land und Kommu-

ne gegeneinander auszuspielen und zu sagen, wir schieben die Verantwortung nur auf die eine Seite oder auf die andere Seite. Klar ist, es ist eine hoheitliche Aufgabe des Landes. Jede Kommune und jede Großstadt kann für sich entscheiden, ob sie eine Institution wie den KOD aufbauen will, um das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort zu stärken. Das gilt für die Bevölkerung, für die Geschäftswelt und die Besucherinnen und Besucher unserer Stadt. Da kann ich Herrn Wenzel zustimmen. Der KOD hat auch nach unserer Einschätzung eine hohe Akzeptanz in der Karlsruher Bevölkerung. Durch seine Präsenz sorgt er eben für mehr Sicherheit in unserer Stadt und trägt damit auch bei zu einer Lebensqualität für alle Menschen unserer Stadt, zu der ja nicht nur eine soziale Stadtentwicklung gehört, eine grüne Stadtentwicklung gehört, sondern auch eine sichere und saubere Stadt. Wir würden sehr gerne an der bewährten Struktur festhalten und bevor die laufende Evaluierung noch nicht abgeschlossen ist, auch keine zusätzlichen Mittel oder Veränderungen herbeiführen. Insofern sind wir sehr einverstanden mit der Antwort der Verwaltung.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wir freuen uns, dass die KULT sich entschieden hat, das Thema noch einmal in der Strukturkommission besprechen zu wollen. Obwohl wir auch eine grundsätzliche Kritik am Ausmaß des Engagements des KOD für gerechtfertigt halten, möchten wir das noch eingehender diskutieren, bevor wir so große Einschnitte überhaupt umsetzen.

Lieber Herr Döring, bevor das in der Strukturkommission besprochen wird, setzen wir uns gemeinsam hin und trinken ganz friedlich einen Kaffee, lesen zusammen Zeitung und gucken, was der KOD so hätte verhindern können. Vielleicht kriegen wir Sie ja noch überzeugt. Ich glaube nicht daran.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte dem Herrn Marvi beipflichten. Sicherheit ist Sache des Landes. Wir haben hier ein echtes Problem in Karlsruhe. Wir von der AfD sind von besorgten Bürgern angeschrieben worden, die sich nicht mehr in die Günther-Klotz-Anlage trauen wegen der Überfälle, die da stattgefunden haben. Wir haben ein Überfallproblem in der Südstadt. Das kommt zu den Dingen, die vorhin genannt wurden, Einbruch und Fahrraddiebstahl, noch hinzu. Das ist eine ganz andere Nummer. Wenn man sich persönlich bedroht fühlt, da hört der Spaß auf. Wenn das Land zu wenig tut, dann müssen wir halt etwas tun, auch wenn es Geld kostet. Deswegen unterstützen wir den Antrag der Freien Wähler.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es gilt festzustellen, dass der KOD sehr gute Arbeit macht - ich weiß das von der Südstadt und auch von anderen Stadtteilen -, und das Sicherheitsempfinden der Menschen wirklich erhöht. Es sind auch manche Probleme entschärft worden. Ich erinnere an den Werderplatz. Es gibt auch noch andere Plätze, wo das spürbar eine Auswirkung hat. Ich gebe zu, dass natürlich ordnungspolitisch nicht alles gelöst wird. Da muss einfach sozialpolitisch geschaut werden. Das machen wir aber in Karlsruhe auch. Wir sind auf beiden Seiten gut aufgestellt. Ich halte es für falsch, das Problem KOD in die Strukturkommission zu verschieben, weil es dort um Geld geht und nicht um inhaltliche Fragen. Die Frage ist, wie können wir hier das Sicherheitsempfinden der Menschen stärken. Das wird nicht in der Strukturkommission gelöst. Deswegen bin ich nicht dafür, das dorthin zu verschieben. Das muss gesamtpolitisch gelöst werden.

Stadtrat Cramer (KULT): Zwei Dinge. In welcher Kommission oder in welchem Ausschuss auch immer darüber gesprochen wird, bin auch ich der Meinung, wir sollten noch einmal grundsätzlich darüber reden. Aber dann möchte ich auch daran appellieren, dass wir diese Aussagen, die Sie jetzt wieder gemacht haben, Herr Kollege Marvi, die Bevölkerung ist sehr zufrieden, daran erinnern, dass gerade junge Leute, Jugendliche und junge Erwachsene, auch einmal mit einbezogen sind, wie sie den KOD finden. Die wissen ja gar nicht, was KOD heißt. Die lesen auf dem Auto „Polizeibehörde“. Fragen Sie einmal, wie die das sehen, wie man teilweise mit ihnen umgeht und wie ernst sie die nehmen. Wenn ich die jungen Leute höre, die lachen nur über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeibehörde, weil sie letztendlich auch ein zahnloser Tiger sind mit Äußerungen „wir werden dann unsere Kolleginnen und Kollegen von der Polizei holen“, wenn sie selber gar nicht weiter kommen. Daran möchte ich doch appellieren, dass man das alles mit einbezieht.

Einen Punkt möchte ich auch noch ansprechen, wenn man gleich wieder die Südstadt negativ benennt mit hoher Kriminalitätsrate. Das stimmt eben nicht. Da machen Sie sich mal kundig. Die Südstadt ist einer der Stadtteile, entgegen ihrem Ruf, mit der niedrigsten Kriminalitätsrate. Das können Sie in jedem Bericht nachlesen, der hier schon im Gemeinderat vorgelegt wurde. Da sind andere Stadtteil, z.B. Südweststadt oder Weststadt, viel höher und nicht eben die Südstadt. Warum, weil es da die soziale Kontrolle gibt, weil da die Leute aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern sich auf der Straße befinden, gucken. Da ist eine soziale Kontrolle untereinander. Dass dort auch etwas passiert, das streite ich nicht ab. Es passiert überall was. Aber dass hier wieder als Beispiel die Südstadt genannt wird, da möchte ich Sie bitten, sich schlau zu machen, auch wenn Sie das bisher als Mitglied des Gemeinderates noch nicht auf den Tisch gelegt bekommen haben.

Stadtrat Hock (FDP): Die FDP-Fraktion hat damals mit Bauchschmerzen die Einführung des KOD unterstützt. Die Diskussion heute hat das auch noch einmal bestärkt, dass wir das Land nicht aus ihrer Verantwortung lassen dürfen, Polizeibeamte auf unsere Straßen zu bringen, auch in unserer Stadt. Ich möchte Polizei auf unserer Straße sehen, nichts gegen den KOD, aber ich möchte mehr Polizei auf der Straße sehen, weil dann wird das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt mit Sicherheit noch mehr da sein wie es jetzt ist. Da muss ich Herrn Cramer Recht geben. Viele junge Leute, mit denen man sich unterhält, halten nichts vom KOD. Ich will es hier jetzt nicht sagen, was mir einer schon mal gesagt hat. Ich sehe das genauso wie die KULT. Die Südstadt als Kriminalitätshochburg zu bezeichnen, geht gar nicht, das stimmt effektiv nicht. Von daher gesehen, meine Fraktion hat immer noch Bauchschmerzen, hat auch damals gesagt, wir gehen mit, aber wir möchten den KOD nicht aufblähen zu einem großen Apparat, immer mehr draufpacken, als Stadt sagen, wir unterstützen da noch einmal zehn Leute mehr und Sachkosten hier. Umso mehr wird sich das Land aus ihrer Verantwortung flüchten und die Polizei von den Straßen holen, weil man sagt, vor Ort wird das doch alles geregelt, da ist Geld da, da wird immer mehr Personal auf die Straße gebracht. Da sagt das Land irgendwann, wunderbar, das brauchen wir nicht bezahlen. Dann können wir das auch so laufenlassen. Das ist alles hervorragend. Das wollen wir auf keinen Fall.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Es ist doch bemerkenswert, wie eine CDU- und eine FDP-Fraktion hier immer das Land benennt. Ich möchte mal daran erinnern, dass diese Debatte, hier eine eigene Polizei einzuführen auf kommunaler Ebene, in einer Zeit geführt wurde, als es eine CDU/FDP-Regierung im Land gab. Da habe ich nicht gehört, dass diese zwei Fraktionen aufgefordert haben, dass das Land die Leistungen der Polizei als Landesaufgabe nicht abbauen, sondern eben sichern soll. Es wurde zeitgleich mit der Abwahl von CDU und FDP im Lande Baden-Württemberg hier der sogenannte KOD eingeführt, um das Sicherheitsgefühl zu heben. Ich will keine Gefühle heben, denn ich will Sicherheit. Sicherheit schafft man durch Prävention und durch Bedingungen, die man schafft, dass die Menschen miteinander leben können und nicht indem man schwarze Sheriffs engagiert oder noch kommunale schwarze Sheriffs engagiert.

Stadtrat Döring (CDU): Ich muss jetzt noch einmal ganz kurz auf den Kollegen Fostiropoulos eingehen. Sie reden von den Vollzugsbeamten immer so als „schwarze Sheriffs“. Das sind normale Vollzugsbeamte, das sind städtische Bedienstete, die sich an rechtsstaatlichen Vorgaben orientieren und genauso handeln. Die handeln in keiner anderen Art und Weise anders als normale Polizeibeamte, sondern unterliegen genauso den rechtsstaatlichen Verpflichtungen, wie jeder andere Polizeibeamte auch. Ich muss Ihnen in dem Punkt recht geben, dass Sie sagen, wir wollen keine subjektive Sicherheit herstellen, sondern objektive. Das geschieht auch. Es gibt zahlreiche Beispiele, in denen auch der KOD massiv dazu beigetragen hat, Straftaten zu verhindern bzw. aufzuklären.

Was noch angesprochen wurde, war dieser mangelnde Respekt vor den Mitarbeitern. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, der mangelnde Respekt gegenüber Uniformierten, seien es Mitarbeiter im Rettungsdienst, Feuerwehrleute, Polizeivollzugsbeamte oder Ordnungskräfte ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das ist nicht nur auf den Kommunalen Ordnungsdienst bezogen. Die Akzeptanz bzw. die Gewaltbereitschaft gegenüber diesen Personen hat grundsätzlich zugenommen. Deswegen hier diese Einzelbetrachtung nur auf den KOD abzuleiten halte ich maßgeblich für falsch.

Wir werden dem Antrag der Freien Wähler nicht zustimmen. Das hat insofern eigentlich eher die Begründung, dass wir das bestehende Konzept als durchaus gut empfinden, und dass diese Erweiterung um zehn weitere Mitarbeiter, die erst seit Kurzem stattgefunden hat, sich erst einmal einpendeln sollte und wir auf diesem Niveau gut fahren können. Wir wollen nicht die Polizei komplett ersetzen. Wir wollen nur diesen entsprechenden Mehrwert schaffen und eine Lücke füllen. Und diese Lücke füllen wir mit dem Personal, was momentan besteht, komplett.

Stadtrat Wenzel (FW): Die Diskussion zeigt ja, dass hier wirklich noch Gesprächsbedarf besteht, was auch sehr wichtig ist. Ich möchte mich beim Kollegen Döring bedanken, dass er das Thema Respekt aufgegriffen hat. Komischerweise, als wir damals für den KOD gestimmt haben, haben basisdemokratisch die jüngsten unserer Mitglieder der Freien Wähler und jetzt auch wieder die Jüngsten, unsere Studenten, gesagt, wir möchten das so. Da stimme ich halt nicht überein mit Herrn Cramer. Die jungen Leute fühlen sich ja schon nicht wohl. Wir haben konkret den Wunsch von jungen weiblichen Mitgliedern, die gesagt haben, wir fühlen uns nicht mehr sicher, auch nicht mehr in der Straßenbahn. Macht etwas. Die Bürger wünschen, dass wir etwas machen. Deshalb ist dieser Antrag entstanden. Es ist nicht richtig, dass die Jugend darüber lacht, sondern

auch die Jungen fühlen sich in unserer Stadt nicht wohl. Sie gehen in Gruppen aus. Zu meiner Zeit sind wir allein ausgegangen. Heute gehen sie nur gruppenweise aus, weil das Sicherheitsgefühl in der Gruppe größer ist. Deshalb auch der Antrag von uns, in dieser Sache weiterzugehen. Es ist schlimm, dass die Jugendlichen sich hier in unserer Stadt nicht mehr wohl und nicht mehr sicher fühlen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Noch einmal ganz kurz zur Klarstellung. Ich habe vorhin nicht gesagt, dass in der Südstadt die Kriminalität höher ist als anderswo. Ich habe lediglich die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zitiert. Es waren einige Ereignisse in der Günther-Klotz-Anlage, aber auch welche in der Südstadt, wo gerade junge Leute überfallen wurden. Selbst wenn es junge Leute gibt, die dem Kommunalen Ordnungsdienst kritisch gegenüberstehen. Wir müssen gerade die jungen Leute vor Übergriffen in unserer Stadt schützen, weil diese nachts unterwegs sind. Wie gesagt, es ist noch einmal eine ganz andere Nummer, ob jemand persönlich angegriffen, überfallen wird, am Ende verletzt wird oder schlimmeres. Das ist noch einmal etwas ganz anderes, als wenn wir nur Einbrüche verhindern wollen. Deswegen unterstützen wir den Vorschlag von Herrn Wenzel.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne noch einmal zusammenfassend ein paar Dinge klarstellen. Wer die Reduzierung von Polizei mit der Schaffung des KOD zusammenbringt als einzige und ursächliche Kausalität, der trifft dann ins Schwarze, Herr Döring. Insofern müssen Sie sich das noch einmal überlegen. Von der Aufgabenstellung her hat der KOD zum Teil andere Aufgaben als die Polizei und als es das Land machen müsste. Das können wir noch einmal differenzieren. Es ist nicht nur schwarz und nur weiß, es ist beides. Insofern kann man das auch nicht allein nur in diese Diskussion „Was tut das Land“ bringen.

Mir ist ganz wichtig, wir hatten den neuen Polizeipräsidenten, Herrn Freisleben, bei uns in der Bürgermeisterkonferenz, der noch einmal ganz klar gesagt hat, dass eine Konsequenz und auch seine ganz persönliche Konsequenz ist, dass er nicht nur mehr Polizisten durch die Reform vor Ort hat, sondern die auch ganz bewusst zu Fuß auf die Straße schickt. Da gibt es durchaus auch schon positive Rückmeldungen. Ich bitte, auch das an der Stelle zu berücksichtigen. Ich stelle noch einmal fest, dass wir zwischen objektiver Kriminalitätslage und subjektivem Kriminalitätsempfinden hier zum Teil sehr unterschiedliche Einschätzungen haben, denn außer der Einbruchskriminalität sind ja die meisten anderen Straftaten in Baden-Württemberg durchaus rückläufig. Auch die Jugendkriminalität hat lange nicht mehr den Stellenwert, den sie mal hatte. Das ändert nichts daran, dass die Leute vielleicht Angst haben. Trotzdem ist es wichtig, dass wir diese Dinge hier in unserem politischen Gremium ein bisschen sauber auseinanderhalten. Deswegen würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir mal in einer Hauptausschusssitzung, ähnlich wie wir es schon mal beim Thema Prostitution getan haben, hier von der Polizei, vom KOD, berichten lassen, wie im Moment die Situation ist. Ich würde gerne den Zeitpunkt abwarten, wo wir auch unsere Bürgerbefragung fertig haben, denn da werden Sicherheitsfragen auch wieder eine große Rolle spielen, da geht es vor allem auch um die subjektive Sicherheit. Wenn Sie dann daraus wünschen, dass es in der Strukturkommission auch noch einmal kommt, weil es dann natürlich eher die finanziellen Aspekte sind, dann können wir das dort gemeinsam feststellen. Als erster Schritt fände ich aber sinnvoll, dass wir hier noch einmal die objektive Lage und die subjektive

Lage zusammenbringen und uns in einer Hauptausschusssitzung noch einmal öffentlich uns darüber unterhalten.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen. Die KULT hatte ihren Antrag **zurückgezogen**. Jetzt verbleibt der Antrag der Freien Wähler und Herrn Stadtrat Schmitt, der Antrag Nr. 37 Stellenschaffung im Kommunalen Ordnungsdienst. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Da haben wir 4 Zustimmungen, 3 Enthaltungen, der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Antrag mehrheitlich **abgelehnt**.

(...)